

Protokoll Nr. 18 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

Sitzungstermin: Dienstag, 18.11.2014
Beginn der Sitzung: 17:03 Uhr
Ende der Sitzung: 19:33 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Vorsitzender

Swieter, Benjamin

SPD-Fraktion

Bruns, Ludger
Mecklenburg, Rico
Pohlmann, Marianne
Schulze, Kai-Uwe
Stelow, Gregor

für Maria Winter
(bis 17:30 Uhr)
für Hans-Dieter Haase

CDU-Fraktion

Bongartz, Helmut
Rosenboom, Benedikt

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Marsal, Andrea
Renken, Bernd

FDP-Fraktion

Bolinius, Erich

Verwaltungsvorstand

Jahnke, Horst

Erster Stadtrat

von der Verwaltung

Discus, Gerhard
Jakobs, Stefan
Willms, Artur
Sommer, Michael
Ubben, Heike

Protokollführung

Pelzers, Gaby

Protokoll Nr. 18 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 18.11.2014

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr **Swieter** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Beschluss: Die Tagesordnung wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Genehmigung des Protokolls Nr. 17 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 11.09.2014 - öffentlicher Teil -

Beschluss: Das Protokoll Nr. 17 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 11.09.2014 – öffentlicher Teil – wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 4 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

B E S C H L U S S V O R L A G E N

TOP 5 Bürgerhaushalt
Vorlage: 16/1491

Herr **Jahnke** führt aus, dass Herr Bornemann im Vorfeld seiner Wahl zum Oberbürgermeister als eine Zielsetzung u. a. eine bessere Bürgerbeteiligung herausgestellt habe. In diesem Zusammenhang habe Herr Grendel im Rahmen seines Masterstudiums wissenschaftlich an der Thematik Bürgerhaushalt gearbeitet. Herr Grendel werde im Anschluss die Ergebnisse der Befragung zum Bürgerhaushalt vorstellen und daraus ableitend eine Konzeption vorstellen, wie das Konzept weiter entwickelt werden könne. Es sei bereits jetzt Beratungsbedarf, insbesondere in den Fraktionen, erkennbar. Zu hinterfragen sei zudem, ob sich der Aufwand grundsätzlich

Protokoll Nr. 18 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 18.11.2014

lohne, da sich in Städten, die bereits einen Bürgerhaushalt praktizieren bzw. praktiziert haben, geringe Beteiligungsquoten ergeben hätten. So seien geringe Beteiligungsquoten von nur rund 2% als erfolgreich bewertet worden. Gleichwohl sei es richtig und gut, heute der Öffentlichkeit die Ergebnisse vorzustellen und sich im Anschluss die Fraktionsberatungen anschließen würden.

Herr Grendel stellt anhand einer Power-Point-Präsentation die Ergebnisse der Bürgerbefragung und das Projekt zur konzeptionellen Entwicklung eines Bürgerhaushalts für die kreisfreie Stadt Emden vor. Die Präsentationen sind im Internet unter www.emden.de einsehbar.

Herr Swieter bedankt sich für die Ausführungen und bittet um Wortmeldungen.

Herr Strelow bedankt sich für den wissenschaftlichen Exkurs. Es sei festzustellen, dass die Ausgangslage für das Beteiligungsinstrument Bürgerhaushalt und die Zufriedenheit der Bürger und Bürgerinnen mit der Politik sowie der Verwaltung grundsätzlich sehr gut sei. Deutlich sei auch geworden, dass ein großer Wunsch der Bürger und Bürgerinnen nach mehr Beteiligung, Transparenz und Demokratiefestigung bestehe. Herr Strelow stellt die Frage, wie die Bürgerbeteiligung konkret erfolgen sollte und wie die Themen in den Bürgerhaushalt eingebracht würden. Aufgrund der Umfrage seien keine typischen Handlungsfelder ersichtlich, folglich stelle sich die Frage, womit gestartet werden könne. Es sei auch festzustellen, dass das Thema Bürgerhaushalt mit einer Menge Arbeit behaftet sei und die nächsten Schritte energisch durchgeführt werden müssten. Aufgrund des zu erwartenden Aufwandes wäre es nicht im Sinne der SPD-Fraktion, wenn große Erwartungen in eine Enttäuschung münden würden. Aufgrund der Komplexität der gesamten Thematik bestehe grundsätzlich noch Beratungsbedarf in den Fraktionen. An Herrn Grendel gerichtet, stellt er die Frage, wie seine Vorstellung vom weiteren Ablauf aussehe.

Herr Bongartz könne sich den Ausführungen von Herrn Strelow wegen der Fraktionsberatungen anschließen. In diesem Zusammenhang könne überlegt werden, ob zusammen mit Herrn Grendel ein Workshop, z. B. in den Räumen der Nordseehalle sinnvoll wäre, um alle Fraktionen gleichzeitig zu erreichen. Dies könne auch ein einfacheres Verfahren für die Verwaltung darstellen, um alle anfallenden Fragen gleich abarbeiten zu können. Es sei öfters - auf verschiedenen Ebenen in der Befragung- vom sogenannten Bildungsniveau die Rede, insbesondere bei der Zufriedenheit mit der Stadtpolitik sei nach dem Bildungsniveau gestaffelt worden. Vor dem Hintergrund, dass grundsätzlich das Bedürfnis nach einem Bürgerhaushalt mit steigendem Bildungsniveau zunehme, bittet Herr Bongartz Herrn Grendel, die diesbezüglichen Ergebnisse bezüglich der Zufriedenheit mit der Stadtpolitik nochmals zu zeigen und zu erläutern. Es sei interessant zu wissen, wie die Gesellschaft hier in dieser Stadt über die Stadtpolitik denke und was im ganzen Umfang gemacht werden könne. Es seien 100.000 € für den Bürgerhaushalt veranschlagt. Nach derzeitiger Verteilungsquote entfielen davon 40.000 € auf den Umsetzungsaufwand, z. B. für Werbung, und der Rest von 60.000 € stünde den Bürgern tatsächlich zur Verfügung.

Herr Bolinius könne sich dem Vorschlag von Herrn Bongartz bezüglich der Durchführung eines Workshops anschließen. Wenn es um das Thema Bürgerhaushalt gehe, werde dazu niemand nein sagen, da die Maßnahme auf eine direkte Beteiligung der Emdener Bürger abziele. Das Scheitern in Oldenburg habe seines Erachtens nicht an den Kosten gelegen, sondern an der geringen Beteiligung von 2 %. Als Beispiel hierzu sei die Veranstaltung in der Nordseehalle betreffend Lärmbelästigung zu nennen. Bei dieser Veranstaltung könne man auch nur von geringer Bürgerbeteiligung sprechen, da nur 11 Bürger erschienen seien. Es sei ein Bürgerhaushalt gewünscht, aber wenn die Beteiligung so gering sei, müsse man sich wirklich fragen, ob die Sache sich lohne. Die FDP-Fraktion sei für mehr Bürgerbeteiligung, aber es müsse sich in der Praxis auch umsetzen lassen und da habe man eine große Befürchtung. Herr Bolinius bedankt

Protokoll Nr. 18 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 18.11.2014

sich bei Herrn Grendel für die Ausarbeitung und erklärt, es seien dennoch viele Fragen zu klären, die in den Fraktionen oder im Einzelnen nochmals besprochen werden sollten.

Herr Renken führt aus, dass die heutige Vorgehensweise, dieses Gesamtprojekt in diesem Ausschuss nochmals in einem etwas größeren Rahmen vorzustellen, als ein Versprechen angesehen werden könne. Daher sollte das Projekt nicht leichtfertig aufgegeben werden, auch wenn es zu einigen Punkten Kritik gebe. Die punktuelle Kritik könne nicht den Anspruch an eine umfassende Diskussion des Themas erheben. Unter Hinweis auf die Ausführungen von Herrn Bolinius erklärt Herr Renken weiter, dass selbst geringe Beteiligungsquoten von 2%, wie es in anderen Städten der Fall gewesen sei und auch die Stadt bei anderen Gelegenheiten (Lärmaktionsplan, Kulturentwicklungsplanung) schon erleben musste, immerhin zu gelebter Demokratie geführt habe, indem sich wenn auch nur ein geringer Kreis von Bürgerinnen und Bürgern als Meinungsträger in Diskussionen zu Themen eingebracht hätten und in dieser Weise auf Entscheidungen Einfluss genommen hätten. Die Demokratie lebe von dieser Form der Beteiligung. Wer sich nicht beteilige, z. B. nicht zur Wahl gehe, in diesem Zusammenhang sei auch die geringe Beteiligung bei der Kommunalwahl zu nennen, dürfe sich hinterher nicht beschweren. Grundsätzlich sollte an dem Projekt festgehalten werden, und zwar auch wenn das Risiko des Scheiterns gegeben sei. Aber so groß sehe er das Risiko gar nicht. Es sei ein lohnenswertes Experiment und es komme nicht darauf an, ob das 5 % oder 10 % oder nur 3 % seien, die sich daran beteiligen würden. Ein wichtiger Fakt sei auch, dass mit Sicherheit viel aus diesem Projekt gelernt werden könne. Ebenso vor dem Hintergrund, dass man die Chance sehen müsse, das fast dreiviertel der Menschen dieser Stadt sagen, sie interessieren sich für den Kernbereich der Kommunalpolitik, nämlich für den Haushalt. Dies sollte nicht geringschätzt werden und vor diesem Hintergrund sollte davon ausgegangen werden, dass dieses Projekt beginnen sollte. Der Rat könne sich nicht um Einzelheiten kümmern, das wäre auch vermessen, sondern die ganze Umsetzung sollte ein klarer Auftrag an die Verwaltung sein. Dies natürlich vor dem Hintergrund, dass der Oberbürgermeister zu dem Projekt stehe; dann sollte der Verwaltung die Umsetzung möglich sein, und zwar auch unter Berücksichtigung einer angespannten Personalsituation aufgrund der Haushaltsstrukturprobleme. Letztlich sei dies für ihn kein Hinderungsgrund; ebenso wenig habe er die so argumentierte Ablehnung der Live-Stream-Übertragung von Ratsitzungen nachvollziehen können. Die Bereitschaft, für das Projekt Bürgerhaushalt 100.000 € in den Haushalt einzustellen, sei nach wie vor gegeben.

Herr Jahnke bezieht sich auf die Ausführungen von Herrn Renken. Er erwähnt, dass nach einer umfassenden Vorstellung des Themas im Verwaltungsausschuss und der anschließenden Behandlung in den Fraktionen, nur spärliche Rückmeldungen an die Verwaltung herangetragen worden seien. In Abstimmung mit dem Oberbürgermeister sei daher dieser Weg der nochmaligen Präsentation im Finanzausschuss gewählt worden, insbesondere auch um die Öffentlichkeit über das Projekt zu informieren. Es sei nochmals zu betonen, dass es ein absoluter Glücksfall gewesen sei, Herrn Grendel mit dieser Arbeit beauftragen zu können. Denn eine Fremdvergabe hätte die Stadt Emden ohne weiteres 100.000 € kosten können. Daher sei auch bewusst eine Beschlussvorlage eingebracht worden und die Kosten in Höhe von 100.000 € seien im Eckdatenbeschluss des Haushaltes für die nächsten vier Jahre 2015-2018 aufgenommen worden. Herr Jahnke schließt sich den Worten von Herrn Grendel an, indem er erklärt, dass, wenn man wirklich zu einem einigermaßen vernünftigen und eindeutigen Ergebnis kommen wolle, dieses Projekt mindestens drei Jahre durchgeführt werden müsse. Es müsse weiterhin betrachtet werden, was in anderen Städten passiere und wie die 100.000 € aufgeteilt würden. Von diesem Betrag würden voraussichtlich ca. 40.000 € für anfallende Werbung genutzt werden. Weiterhin dürfe auch nicht außer Acht gelassen werden, dass ein weiterer Bedarf an personellen Ressourcen erforderlich sei, um den Haushalt für die Bürgerschaft wirklich lesbar zu gestalten. Dies sei alles kein ganz einfacher Prozess und deswegen sei der Vorschlag, einen Workshop unter Beteiligung von Herrn Grendel durchzuführen, nur zu begrüßen.

Protokoll Nr. 18 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 18.11.2014

Herr Schulze führt aus, dass im Falle einer geringen Beteiligung von 2 % der Bürgerschaft evtl. davon ausgegangen werden könne, dass viele Bürger lieber den direkten Weg an den Rat bzw. die einzelnen Parteien wählen würden. Wie sich der Sachverhalt hier in Emden darstellen werde, sei noch innerhalb der Parteien zu diskutieren.

Herr Bongartz stellt heraus, die im Rat vertretenden Parteien hätten sich entschieden, die 100.000 € in den Eckwertebeschluss mit aufzunehmen. Ebenso sei bei mehrmaligen stattfindenden Haushaltsstrukturkommissionen niemand auf die Idee gekommen, diesen Betrag zu streichen. Dies sei so erfolgt, weil die Absicht bestehe, den Bürgerhaushalt zu beginnen. Es wäre auch fatal, wenn Herr Grendel in dieser Art und Weise beschäftigt worden wäre und es dann zum Ergebnis kommen würde, das Projekt wird nicht in Angriff genommen. Nach Ablauf der finanziell abgesicherten drei Jahre könne neu entschieden werden. Sollte man sehr früh zu der Erkenntnis gelangen, irgendwie funktioniert dieser Bürgerhaushalt nicht, könne gemeinschaftlich eine neue Entscheidung herbeigeführt werden. Leider seien zu dieser Sitzung keine Bürger gekommen, um sich über den Bürgerhaushalt zu informieren. Davon könne abgeleitet werden, wie schwer es sei, Menschen dazu zu bewegen, bei solchen Dingen mitzumachen. Nun liege es an den Parteien, zu sehen, was könne man daraus machen.

Herr Strelow erklärt, dass die Bürger und Bürgerinnen indirekt anwesend seien, da die Medien anwesend seien und in den nächsten Tagen über diese Sitzung berichten würden. Dies sei auch eine Erkenntnis von Herrn Grendel gewesen, dass den örtlichen Medien eine große Rolle in der ganzen Vermittlung zukomme. Herr Strelow spricht sich für eine gemeinsame Sitzung aus, weil es wichtig sei, in dem schwerwiegenden oder in diesem neuen Prozess alle mitzunehmen. Zu allererst gelte auch für die Ratsherren und Ratsfrauen, das Beteiligungsinstrument Bürgerhaushalt zu verstehen. Der Wunsch an Herrn Grendel sei, dass die wissenschaftliche Ableitung in der Sitzung äußerst kurz gehalten werde, weil am Ende des Tages die Umsetzungsstrategie stehen sollte.

Herr Grendel stellt heraus, er habe sich sehr lange und intensiv mit dem Thema Bürgerhaushalt beschäftigt, ohne dass dabei die Objektivität gelitten habe. Was die Finanzen angehe, sei zu sagen, das Studium fand statt von 2012 – Mai 2014 und sei von ihm selbst finanziert worden. Die Stadt habe ihn sehr unterstützt bei der Durchführung der Bürgerbefragung, weil die Befragung mit ihren Ergebnissen ja auch im Sinne der Stadt zu sehen sei. Zur Frage von Herrn Strelow bezüglich des weiteren Vorgehens führt Herr Grendel aus, dass versucht werde, den Bürgerhaushalt neben dem klassischen Haushalt durchzuführen. D. h. an eine Datenermittlungsphase durch den FD Finanzen und Abgaben im ersten Halbjahr bis etwa einen Monat vor dem Eckwertebeschluss könnte sich eine Bürger-Informationsphase bis etwa 2 bis 3 Wochen nach dem Eckwertebeschluss anschließen. Danach könnte sich eine dreigeteilte Konsultationsphase anschließen. Die erste Phase sei eine Vorschlagsphase, in der die Bürger relativ allein gelassen würden, um zu dem dargestellten Haushalt Vorschläge machen zu können. Die Vorschläge würden ca. 1 Monat gesammelt; idealerweise sollte dies noch vor den Sommerferien erfolgen. Da aber der Eckwertebeschluss immer relativ nah vor den Sommerferien erfolge, könne evtl. dieses Ziel nicht erreicht werden. Danach schließe sich eine Beratungsphase an. Diese Phase diene dazu, dass sich die Bürger untereinander über die gemachten Vorschläge unterhalten; die Politik bzw. Ratsherren/-frauen und sonstige Bürger könnten in dieser Phase ebenfalls schon mitwirken. Die Verwaltung sollte in dieser Phase noch zurückhaltend agieren, es sei denn, es werde z. B. erkennbar mit einem völlig falschen Kostenvolumen umgegangen. Letztendlich komme es dann zu einer Abstimmung, in der die Vorschläge seitens der Verwaltung auch mit Kosten hinterlegt seien. Dies sei wichtig in der Abstimmungsphase, da die Bürger praktisch über die Vorschläge abstimmen und in eine Rangfolge setzen. Die Rangfolge sollte aber nicht so an die Politik weitergegeben werden, sondern in der Regel werde so verfahren, dass die zwanzig höchstabgestimmten Vorschläge ohne Rangfolge zur Beschlussfassung an die Politik gegeben werden. Durch einen Bürgerhaushalt solle kein entscheidender Druck auf die politische Beschlussfassung ausgeübt werden. Entsprechend verfare z. B. die Stadt Köln,

Protokoll Nr. 18 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 18.11.2014

die trotz einer nur 2%igen Beteiligungsquote über einen preisgekrönten Bürgerhaushalt verfüge. Vorstellbar sei, dass von den anerkannten Bürgervorschlägen mit einem Kostenvolumen unter 20.000 € so viele wie möglich noch aus dem Budget des laufenden Jahres realisiert würden. Die weiteren anerkannten Vorschläge könnten in die Haushaltsberatungen für das Folgejahr einfließen. Dieses Prinzip, das in verschiedenen Varianten von einigen Kommunen so gehandhabt werden, filtere somit die nicht so kostenintensiven schnell umsetzbaren Vorschläge und führe durch die schnelle Umsetzung zu hoher Akzeptanz in der Bevölkerung.

Auf die Frage von Herrn Bongartz wegen des Bildungsniveaus entgegnet Herr Grendel, dass es sich bezüglich der Zufriedenheit mit der Stadtpolitik genau umgekehrt zum sonstigen Trend darstelle. Denn umso höher das Bildungsniveau sei, umso weniger zufrieden seien die Personen mit der Stadtpolitik. Herr Grendel äußert die Vermutung, dass die Menschen aus höheren Bildungsschichten vielleicht kritischer seien und Dinge eher hinterfragen und sich hieraus ein Wunsch nach mehr Beteiligungs- und Einbringungsmöglichkeiten ableite. Dies sei aber nicht direkt abgefragt worden und könne daher nicht näher ausgeführt werden. Bei der von Herrn Bolinius angesprochenen Beteiligungsquote in Oldenburg habe es sich so verhalten, dass nicht die geringe Beteiligungsquote an sich der Auslöser für die Beendigung des Projektes gewesen sei, vielmehr sei unter Kostengesichtspunkten die Anzahl der tatsächlichen Teilnehmer ins Verhältnis gesetzt worden zu den Gesamtkosten des Verfahrens. Herr Grendel könne diese Vorgehensweise nicht nachvollziehen, richtig sei nach seiner Auffassung, die Gesamtkosten ins Verhältnis zu setzen zu allen Bürgerinnen und Bürgern, die sich hätte beteiligen können. Denn man schaffe ja ein Beteiligungsangebot, ob es dann wahrgenommen werde, sei eine ureigene individuelle Entscheidung. Aus diesem Grunde habe er einen anderen Weg eingeschlagen, indem er abgefragt habe, welcher Mitteleinsatz für die Installation eines solchen Verfahrens noch toleriert werde. Das Ergebnis zeige, dass die Kosten, die in Oldenburg zum Scheitern des Projektes geführt haben, in Emden noch toleriert worden wären. In der Startphase eines Bürgerhaushalts dürfe keine Beteiligungsquote von über 2 % erwarten werden, denn die Leute müssten erst Vertrauen dazu gewinnen. Anregend könnte auch die Einbringung von Reizthemen sein.

In Stuttgart und Lichtenberg sei es im Verlauf von 6 bis 7 Jahren gelungen, einen großen Teil der Arbeit auf Ehrenamtliche zu übertragen d. h. die Kosten der Verwaltung für das Verfahren seien in der Zeit zurückgegangen.

Ergebnis: Verweisung an die Fraktionen

MITTEILUNGSVORLAGEN

TOP 6 Vorstellung des Schuldenberichts 2012
Vorlage: 16/1480

Herr Jahnke merkt an, der Schuldenbericht sei der zweite bisher vorgelegte nach dem Jahr 2011. Die Zeiträume ab 2002 seien berücksichtigt. Der Schuldenbericht sei ein Instrument von zunehmender Wichtigkeit, weil er nochmals aufzeige, wie entwickelt sich der Gesamtschuldenstand, wie sieht das Portfolio insgesamt aus, wie hoch sind die Bestandteile im variablen und festverzinslichen Bereich, und zwar auch vor dem Hintergrund der Investitionssummen bezogen auf die Jahre 2013, 2014 und 2015. 2012 sei bekanntermaßen vom Ergebnishaushalt her ein sehr gutes Jahr gewesen und habe dazu geführt, dass die Stadt Emden sogar ein bisschen vom Schuldenstand abbauen konnte.

Protokoll Nr. 18 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 18.11.2014

Frau Ubben und Herr Sommer stellen anhand einer Power-Point-Präsentation den Schuldenbericht 2012 vor. Die Präsentation ist im Internet unter www.emden.de einsehbar.

Herr Swieter bedankt sich für die Vorstellung des Schuldenberichts und bittet um Wortmeldungen.

Herr Bongartz bedankt sich für den umfangreichen Vortrag und den im Vorfeld erhaltenen Bericht. Den Bericht in Papierform zu erhalten finde er sehr positiv, da das Hochladen am PC doch viel Zeit in Anspruch nehmen würde und der Bericht in Papierform auch mal so weitergereicht werden könne. Herr Bongartz merkt an, weil das gerade im Vortrag schon angedeutet worden sei, dass Basel III im Grunde genommen Auswirkungen auf die Kommunen habe. In Nordrhein-Westfalen sei es tatsächlich so, dass mehrere Sparkassen ihren Trägerkommunen unter Hinweis auf ihre schlechte Einstufung Kredite verweigert hätten. Insofern sei Basel III auch eine gute Sache, weil eine stark erzieherische Wirkung auch auf die Kommunen ausgeübt werde. In dem Vortrag sei auch die Vergleichbarkeit erwähnt worden und es seien Städte genannt worden, die keine Liquiditätskredite aufgenommen hätten. Für die Stadt Emden sei das Fehlen von Liquiditätskrediten aus seiner Sicht logisch, denn es wäre fatal, wenn Emden als ganz kleine kreisfreie Stadt, aber zugleich als großer VW-Standort und gewaltigen Gewerbesteuerereinnahmen, Liquiditätskredite aufnehmen müsste. Aus dem Bericht werde deutlich, dass es sich bei allen vergleichbaren Städten ausschließlich um VW-Standorte handele. Es liege also nicht in der Kunst der Haushaltsführung, sondern die Stadt Emden bekomme das Geld einfach. Des Weiteren sei noch genannt worden, dass in Zukunft -nach 2012- der Schuldenabbau schwerer werden würde. Unter Berücksichtigung der in den Folgejahren nochmals gestiegenen Gewerbesteuerereinnahmen müsse dies hinterfragt werden.

Herr Jahnke stimmt den Worten von Herrn Bongartz zu. Bei den derzeitigen Steuereinnahmen wäre es unverständlich, wenn die Stadt Emden Liquiditätskredite aufnehmen müsste. Die mittelfristige Finanzplanung zum nächsten Haushalt zeige eine fatale Entwicklung auf, wenn der derzeitige Weg fortgeführt werde. Zwar seien die Steuereinnahmen 2014 im Vergleich zum herausragenden Ergebnis des Jahres 2012 nochmals höher ausgefallen, allerdings sei im Ausgabebereich deutlicher Mehraufwand aus den Fachbereichen 500 und 600 sowie aus dem Krankenhausbereich (Defizitabdeckung) zu verzeichnen. Die sehr hohen Steuereinnahmen seien hierdurch nahezu aufgezehrt worden, so dass sich das im Mai prognostizierte Plus von 5 Mio. € nicht zum Positiven entwickelt habe. Im Einzelnen werde dies Herr Jakobs beim nächsten TOP darstellen. Das vorliegende Problem liege somit alles andere als auf der Einnahmeseite. Die stetig steigenden Ausgaben seien deutlich höher als die Einnahmen. Das Problem sei, dass, wenn es der Stadt Emden nicht gelinge, den Ausgabebereich nachhaltig abzusenken und tatsächlich zu Kürzungen komme, dann werde auch irgendwann die hervorragende Liquidität, über die derzeit verfügt werde, aufgebracht sein.

Herr Strelow schließt sich den Worten von Herrn Jahnke an. Es sollte konsequent das Schuldenmanagement durchgeführt und nach Synergien und Einsparungen gesucht werden. Ansonsten sei die Botschaft, dass die Stadt Emden im Gegensatz zu den anderen Städten grundsätzlich –trotz aller Probleme im Ausgabenbereich- bei der Verschuldung nicht so schlecht dastehe. Die Herausforderung werde sein, wie die Ausgaben nachhaltig gesenkt werden können. Abschließend bedankt sich Herr Strelow für das umfangreiche Lehrbuch, das als Nachschlagewerk wertvolle Informationen für die weitere Ratsarbeit beinhalte.

Herr Bolinius merkt an, dass der vorliegende Bericht 2012 sehr spät präsentiert werde. Die Konzentration sollte mindestens auf 2013/14 liegen und nicht auf die entferntere Vergangenheit. Wie schon angesprochen worden sei, steige die Verschuldung bedingt durch die vielen Investitionen ganz enorm. Die Investitionen seien allerdings alle beschlossen worden. Vor diesem Hintergrund sei es aus seiner Sicht sinnvoll, wenn die Berichterstattung in Zukunft zeitnah erfolge werde.

Protokoll Nr. 18 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 18.11.2014

Frau Ubben führt aus, der Fachdienst Finanzen und Abgaben sei bestrebt, die Berichterstattung zeitnah zu präsentieren, sei aber durch den besonderen Umstand des Themas Konzernfinanzierung bei der Fertigstellung aufgehalten worden. Die Berichterstattung für 2013/14 werde zeitnah angestrebt.

Herr Jahnke führt aus, dass am 04.12.2014 der Haushaltsentwurf eingebracht werde. Eingebracht werde dann auch das neue Investitionsprogramm, das weitgehend bereits vorbesprochen sei, insbesondere in der Strukturkommission thematisiert worden sei. Die Auswirkungen des neuen Investitionsprogramms auf die Verschuldung, insbesondere bezogen auf den Kernhaushalt und den Eigenbetrieb Gebäudemanagement, werde dann deutlich werden. Der BEE als Eigenbetrieb interessiere in diesem Zusammenhang etwas weniger, weil er sich über die Gebühren refinanzieren. Auch dies werde natürlich aufgezeigt, weil die Konzernfinanzierung neu sei und gesondert betrachtet werden müsse.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 7 Standardberichtswesen zum 30.09.2014
Vorlage: 16/1462

Herr Jakobs merkt an, eingangs habe der Kämmerer schon ein paar Eckdaten genannt. Das Standardberichtswesen zeige deutlich, dass es derzeit keine Ertragsprobleme gebe. Herr Jakobs erklärt anhand der Vorlage ausführlich das Standardberichtswesen.

Herr Swieter bedankt sich für die Ausführungen und bittet um Wortmeldungen.

Herr Strelow bedankt sich für den Vortrag bzw. die Ausarbeitung der diversen Zahlen, Daten und Fakten. Die Stadt Emden sei in der glücklichen Lage, dieses Jahr Gewerbesteuer-Mehreinnahmen verzeichnen zu können. Anstatt eines erwarteten Minus von 4 Mio. € werde sich ein Plus von 4 Mio. € ergeben. Das sei doch ganz erfreulich und darüber könne man sich freuen. Nichtsdestotrotz seien die Risiken aufgezeigt worden, die aus den Fachbereichen 500 und 600 sowie aus der Defizitabdeckung des Hans-Susemihl-Krankenhauses (HSK) resultieren. Mit dem HSK sei man ja im Hinblick auf das Zentralklinikum hoffentlich auf einem guten Weg. Im Hinblick auf die Fachbereiche 500/600 erhoffe man sich von der PricewaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Berlin, (PWC) schon die eine oder andere Einsparungsmöglichkeit. Denn es müsse deutlich sein, wenn diese Ausgabensteigerung in den Fachbereichen 500 und 600 in dieser ungebrochenen Tendenz weitergehe, könne es zu großen Problemen kommen. Das sei ein großes Risiko und könne zu einer fehlenden Liquidität schon Ende 2017 führen. Bei der weiteren Haushaltsplanung sei dies zu berücksichtigen. Aus diesem Grunde sei die SPD-Fraktion gespannt auf die weiteren Ausarbeitungen der Firma PWC in den nächsten Wochen und Monaten.

Herr Bolinius könne sich den Worten von Herrn Strelow anschließen. Man habe zwar den Auftrag an PWC vergeben, aber das allein werde nicht ausreichen. Um die Ausgaben zu reduzieren, müsse auch eigenverantwortlich an diese Aufgabe herangegangen werden. Gleichwohl werde es selbst bei einzelnen Positionen von nur 5.000 € oder 20.000 € schwierig, diesbezüglich Entscheidungen zu treffen. Er könne nur an alle im Rat appellieren, sich einig zu sein, wie an die Ausgaben herangegangen werden sollte. Sonst könne es passieren, dass ab 2018 die Liquidität gefährdet sei.

Herr Bongartz merkt an, die beiden Vorredner hätten ja schon einiges gesagt. Er könne nur eindringlich den Mitgliedern des Rates empfehlen, dieses Papier zu studieren, damit alle genau wissen, wie sich der Stand der Dinge darstellt. Bei der derzeitigen Situation dürfe nicht verges-

Protokoll Nr. 18 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 18.11.2014

sen werden, dass trotz der hohen Steuereinnahmen die Stadt Emden nicht in der Lage sei, den Ergebnishaushalt abzudecken. Daher sei es gut gewesen, die Mehreinnahmen der Gewerbesteuer in die Rücklagen zu nehmen, um jetzt den unvorteilhaften Ergebnishaushalt auszugleichen. Anhand der Zeitleiste sei zu erkennen, wann mit dem zurückgelegten Geld Schluss sein werde. Wenn dann gleichzeitig die Gewerbesteuereinnahmen weniger würden, komme eine schwere Zeit auf die Stadt Emden zu. Daher müsse sehr diszipliniert an die Angelegenheit herangegangen werden, da diese glückliche zufällige Konstellation, in der wir uns gerade befinden, nicht immer bestehen werde.

Herr Renken bedankt sich bei Herrn Jakobs für die erweiterte Berichterstattung zum Standardberichtswesen, die helfen werde, die finanzielle haushaltsstrukturelle Situation besser zu beurteilen. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wolle sich nicht an Spekulationen beteiligen, wie es VW in 2017/18 oder 2019 gehen werde. Vielmehr werde die Meinung vertreten, dass die Stadt Emden froh und dankbar sein könne, dass dort eine erfolgreiche Geschäftspolitik betrieben werde. Ein Blick in die Quartalsberichte des VW-Konzern, der auch gegen den Markt Umsatz- bzw. Ergebnissteigerungen erzielt habe, lasse erahnen, welche positive Wirkung dies möglicherweise auf die städtischen Gewerbesteuereinnahmen haben könnte bzw. schon gehabt habe. Im Grunde genommen sei es erfreulich, wenn am Ende die Stadt Emden nicht 5 Mio. € aus den Rücklagen entnehmen müsse, sondern auch zum Ende diesen Jahres voraussichtlich in die Rücklage etwas einspielen könne. Dies werde auch die Handlungsmöglichkeiten für die nächsten Jahre ausweiten. Aus heutiger Sicht sei nicht zu erkennen, dass die wirtschaftliche Situation eines wichtigen Steuerzahlers sich dramatisch zu Ungunsten der Stadt Emden verändern werde. Trotz allem müsse noch einiges geleistet werden, z. B. Ausgaben im Schulbereich, Investitionen für die Berufsschule sowie diverse Gebäudeausstattungen. Dies sei ein großes Ziel und daher müsse es bei den Ausgaben auch zu Begrenzungen kommen und in bestimmten Bereichen über Einsparungen nachgedacht werden. Die Umsetzung von Maßnahmen sei vereinzelt schwierig, da viele Aufgaben gesetzlich festgelegt seien. Die derzeitigen Arbeitsmarktprobleme führten gerade im Fachbereich Gesundheit und Soziales zu höheren Ausgaben. Von daher sei die Ausgabenkonsolidierung eine anspruchsvolle Aufgabe. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erwarte durch die Firma PWC eine Hilfestellung, um bestimmte Schwachstellen aufzudecken und um dadurch auch zur Einsparung von Ressourcen zu kommen. Ob dies am Ende dazu führen werde, die Ausgaben runterfahren zu können oder ob es nicht realistischer sei, sie zu stabilisieren, dies könne derzeit nicht gesagt werden und müsse abgewartet werden. Insofern sei diese Berichterstattung und die Kontinuität in der Berichterstattung ein ganz wichtiger Beitrag, insbesondere auch mit Blick auf die weitere Tätigkeit der Haushaltsstrukturkommission.

Herr Schulze könne sich den Worten von Herrn Bolinius anschließen. Trotz allem sei es nicht erfreulich, dass seit Bestehen der Haushaltsstrukturkommission die finanzielle Situation nicht in den Griff zu bekommen sei. Von den hohen Gewerbesteuereinnahmen sei bereits wieder einiges veranschlagt worden, weil in den Fachbereichen 500 und 600 viele Ausgaben angestanden seien. Es wäre –so Herr Schulze- wünschenswert gewesen, wenn das Geld für die Schuldendeckung einsetzt worden wäre, da der besagte Mehraufwand konjunkturell bedingt sei und es irgendwann zu einem Rückwärtstrend kommen werde.

Herr Bongartz widerspricht den Aussagen von Herrn Renken bezüglich der Entwicklung der Gewerbesteuerzahlungen durch VW. Ein Blick in die Quartalsberichte des Konzerns gebe keinen Aufschluss darüber, welche Gewerbesteueranteile der Stadt zukommen werden. Die derzeitige Entwicklung sei sehr erfreulich und setze sich hoffentlich noch fort. Allerdings sei es so, dass Gewinne, die VW in China oder anderen Bereichen generiere, bei der Stadt Emden gewerbesteuermäßig gar nicht ankommen. Er könne daher nur warnen, davon auszugehen, dass sich der positive Trend so fortsetze.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Protokoll Nr. 18 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 18.11.2014

ANTRÄGE VON FRAKTIONEN

- TOP 8** 2. Satzung zur Änderung der Vergnügungssteuersatzung vom 11.06.2009
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 05.11.2013,
- Spielsucht in Emden vorbeugen und eindämmen-, Spielgerätesteuer erhöhen
Vorlage: 16/1059/1

Herr Renken führt aus, dass der Antrag bereits im Vorjahr in der Finanzausschusssitzung am 12.12.2013 behandelt worden sei und im Zuge der Beratung der Haushaltsstrukturkommission zunächst zurückgestellt worden sei. Dadurch sei der Antrag aber nicht erledigt und daher werde er nochmals in den Ausschuss mit eingebracht. Herr Renken stellt kurz den finanziellen Aspekt vor. Die Satzung habe aus Sicht der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eine Lenkungsfunktion, wenn man sich die Zahlen aus 2014 für Emden ansehe. Es gebe in Emden mit 11 Spielhallen etwa so viele Spielhallen wie in den Städten Aurich und Leer mit insgesamt 12 Spielhallen zusammen. Die Anzahl der Geräte sei in der Stadt Emden auch in etwa so hoch wie in den Städten zusammen. Nach ihm vorliegenden Zahlen sollen die Spieleinsätze in Emden 2014 6,9 Mio. €, in Aurich 2,9 Mio. € und in Leer 3,1 Mio. € betragen haben. Mehr als 50 % der Gesamtsumme beziehe sich somit auf Spielhallen in der Stadt Emden. Dies sei eine Entwicklung, die man aus sozial-, gesundheitspolitischer- oder arbeitspolitischer Sicht eigentlich nicht begrüßen könne. Die Spielsucht verursache menschliche Tragödien und gefährde berufliche Existenzen. Daher sei es richtig, über die Besteuerung lenkend einzugreifen, um so einer Ausdehnung des Angebotes vorzubeugen. Im letzten Jahr sei von Herrn Rosenboom ein Papier vorgelegt worden, in dem die monatlichen Vergnügungssteuersätze in kreisfreien Städten in Niedersachsen aufgeführt waren, darunter Braunschweig und Hannover mit einem Steuersatz von jeweils 12 %. Inzwischen habe sich eine Entwicklung ergeben, dass die Stadt Braunschweig den Steuersatz von 12 auf 20 % und die Stadt Hannover von 12 auf 18 % erhöht habe. Hier sei ein Trend erkennbar und dies sei auch gerichtlich bestätigt, dass es sich um angemessene Steuersätze handle und von einer Erdrosselungswirkung keine Rede sein könne. Vor diesem Hintergrund, aber auch mit Blick auf die Haushaltskonsolidierung bzw. der Notwendigkeit, über die Finanzierung von Projekten im sozialen Bildungsbereich zu sprechen, sei es durchaus angemessen und gerechtfertigt, diese Mittel für diese Zwecke zu generieren. Daher sollte die von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vorgeschlagene 20 % Steuererhöhung erfolgen, um dadurch Mehreinnahmen von knapp 400.000 € im Jahr zu erreichen. Der Änderungsantrag der Verwaltung, der einen Steuersatz von 18 % vorsehe, werde zu einer Schmälerung der Steuermehreinnahmen führen. In diesem Zusammenhang sei auch noch zu erwähnen, dass in den nächsten Jahren aufgrund neuer Bestimmungen damit zu rechnen sei, dass die Zahl der Spielstätten und Automaten möglicherweise zurückgehen könne. Es müsse aber auch gesagt werden, dass, obwohl in Emden in den letzten Jahren weniger Geräte vorhanden gewesen seien, die Einsätze an diesen Geräten sich aber erhöht hätten. Das liege wahrscheinlich auch an den neuen technischen Entwicklungen, die dazu geführt habe, in immer kürzerer Zeit immer mehr Geld in die Automaten stecken zu können. Deshalb spreche sowohl sozial- sowie finanzpolitisch als auch haushälterisch alles dafür, die Vergnügungssteuer zu erhöhen. Wie bereits im vorherigen Jahr erwähnt, hätten sogar schon Städte eine noch deutlichere Erhöhung bis zu 25 % durchgeführt. Diese Erhöhungen seien gerichtlich bestätigt worden und kein Spielhallenbetreiber sei in den finanziellen Ruin gedrängt worden. Besser komme das Geld der Allgemeinheit, sozialen Zwecken oder der Haushaltskonsolidierung zugute als den Spielstättenbetreibern. In diesem Zusammenhang könne ein wichtiger Beitrag in Richtung der Eindämmung der Spielsucht erzielt werden.

Herr Rosenboom erklärt, die CDU-Fraktion werde der Erhöhung auf 18 % zustimmen. Zur Richtigstellung sei zu sagen, das Oldenburg auf 20 % erhöht habe und gleichzeitig veröffentlicht

Protokoll Nr. 18 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 18.11.2014

worden sei, dass diese Erhöhung des Steuersatzes vom Oberverwaltungsgericht Lüneburg als absolute Obergrenze festgelegt worden sei. Die Aussage von Herrn Renken betreffend der 25 % sei daher nicht zutreffend. Richtig sei, dass die Städte Braunschweig und Hannover eine Erhöhung auf 20 bzw. 18 % vorgenommen hätten, allerdings die Städte Osnabrück mit 15 %, Salzgitter mit 15 %, Wilhelmshaven mit 15 % und Wolfsburg mit 12 %, es bei ihren bisherigen Steuersätzen belassen hätten. Bezugnehmend auf den letzten Absatz des Antrages von Herrn Renken sei zu sagen, dass die Steuereinnahmen in den Gesamthaushalt veranschlagt werden und daher nicht -wie vorgeschlagen- in soziale und kulturelle Projekte einfließen könnten. Gemäß der Aufstellung von Herrn Rosenboom habe die Stadt Emden derzeit 13 Spielotheken, in denen 244 Geldspielgeräte aufgestellt seien. Bei Inkrafttreten des Glücksspielstaatsvertrages ab 01.07.2017 verblieben in Emden noch 124 Geräte, weil nämlich alle 4 oder 5 Standorte, die eine Mehrfach-Konzession besitzen, nur noch 1 Konzession behielten. Dies werde dazu führen, dass vier Standorte nicht mehr wirtschaftlich betrieben werden könnten, weil von 800 qm² Betriebsfläche nur noch 200 qm² genutzt werden dürften. Dies hätte zur Folge, dass nicht mehr 124 sondern nur noch 76 Geräte an sieben Standorten verblieben. Zwei Standorte müssten wegen der 100m-Abstandsregelung unmittelbar geschlossen werden, und zwar in der Auricher Straße und in der Neutorstraße. D. h. 76 Geldspielgeräte müssten dann die Einnahmen abdecken, die bisher durch den Betrieb von 244 Geräten erzielt worden seien. Die Reduzierung der Spielgeräte werde nach Einschätzung von Herrn Rosenboom dazu führen, dass die Leute evtl. im Internet weiterspielen und dort voraussichtlich wesentlich mehr Geld verspielt werde. Die Stadt Emden werde durch diese Entwicklung, was die Höhe der Einnahmen aus der Vergnügungssteuer angehe, nicht profitieren.

Herr Strelow erklärt, die SPD-Fraktion werde dem Verwaltungsvorschlag folgen und der Anhebung der Steuersätze auf 18 % zustimmen. Ebenfalls stimme er den Aussagen von Herrn Rosenboom wegen der drastisch zurückgehenden Einnahmen zu. Die SPD-Fraktion werde aber keine moralische Bewertung in diesem Zusammenhang abgeben.

Herr Bolinius führt aus, die FDP-Fraktion werde ebenfalls der Vorlage zustimmen. Wenn die genannten Zahlen der Spielgeräte von 76 stimmen muss die Stadt Emden von wesentlich weniger Geld im Haushalt ausgehen. Trotz allem sei der Schritt richtig um die Spielsucht einzudämmen. In diesem Zusammenhang führt Herr Bolinius aus, dass vor einiger Zeit eine Person bei ihm vorstellig geworden sei um ihm mitteilen, dass es ihm nicht gelinge zu seinem Arbeitgeber VW zu gelangen ohne an Spielotheken vorbeizukommen. Seine Suchtgefühle würden dazu führen, evtl. dazu aus Emden wegzuziehen.

Herr Renken erklärt, obwohl zwei Beschlussvorschläge vorliegen, werde die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen weiterhin an ihrem Antrag bezüglich einer Erhöhung auf 20 % festhalten. D. h. es müssten zwei Abstimmungen stattfinden, weil auch nicht ersichtlich sei, aus welchen Gründen nicht gleich auf einen Steuersatz von 20 % erhöht werde. Eine solche Erhöhung habe die Verwaltung im vorigen Jahr befürwortet, wenn sich allerdings eine Mehrheit für die Erhöhung auf 18 % finde, dann sei das auch ein gutes Signal.

Herr Bongartz merkt an, dass sich die Fraktionsvorsitzenden in einer Besprechung im Beisein des Kämmers gemeinschaftlich auf den Kompromiss von 18 % geeinigt hätten. Daher seien für ihn die Ausführungen von Herrn Renken bezüglich des Antrages mit 20 % doch sehr verwunderlich.

Herr Renken erklärt unter Bezug auf das von Herrn Bongartz genannte Gespräch, dass letztlich bei der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nicht der Fraktionsvorsitzende allein entscheide, sondern die gesamte Fraktion. Natürlich sei die Erhöhung von 18 % ein Schritt in die richtige Richtung, der mitgetragen werden könnte, aber es müsse auch deutlich gesagt werden, dass eine Erhöhung auf 20 % seitens der Fraktion gerne gesehen würde.

Protokoll Nr. 18 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 18.11.2014

Herr Swieter bedankt sich für die Ausführungen und lässt über die zwei Beschlussvorschläge abstimmen.

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden beschließt die als Anlage 1 zur Vorlage 16/1059/1 beigefügte 2. Satzung zur Änderung der Vergnügungssteuersatzung vom 11.06.2009, die ab dem 01.01.2015 in Kraft tritt.

Ergebnis: Beschlussentwurf der Antragstellerin

Ja-Stimmen: 2	Nein-Stimmen: 8	Enthaltungen: 0
---------------	-----------------	-----------------

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden beschließt die als Anlage 2 zur Vorlage 16/1059/1 beigefügte 2. Satzung zur Änderung der Vergnügungssteuersatzung vom 11.06.2009, die ab dem 01.01.2015 in Kraft tritt.

Ergebnis: Abweichender Beschlussentwurf der Verwaltung

Ja-Stimmen: 8	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 2
---------------	-----------------	-----------------

TOP 9 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Es liegen keine Mitteilungen vor.

TOP 10 Anfragen

Es werden keine Anfragen gestellt.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.